

# Saale-Beitung.

Sechshundertziger Jahrgang.

**Bezugspreis**  
 Der Halle vierteljährlich bei zweimonatlicher  
 Aufstellung 2,50 M., durch die Post  
 3,25 M., ansonst. Zustellungsgebühren.  
 Bestellungen werden von allen Reichs-  
 postämtern angenommen.  
 Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis  
 unter „Saale-Beitung“ eingetragen.  
 Für unvollständigen Remittenten  
 wird kein Gewähr übernommen.  
 Bestehen nur mit Quittungen aus  
 „Saale-Beitung“ gestattet.  
 Geschäftsverderber der Redaktion Nr. 1140;  
 der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der  
 Abonnement-Abteilung Nr. 1138.

**Anzeigen**  
 werden die gesetzte Stellenziffer  
 oder deren Raum mit 30 Pfg., welche  
 aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in  
 unklarer Annahmestellen und allen  
 Annoncen-Expositionen angenommen.  
 Stellen die Seite 75 Pfg. für Halle,  
 außerhalb 1 M.  
 Erscheint täglich zweimal,  
 Sonntags und Montage einmal.  
 Redaktion und Haupt-Geschäfts-  
 stelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17;  
 Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 520.

Halle a. S., Dienstag, den 5. November.

1912.

## Der Zusammenbruch.

### Die Pforte bittet um Vermittlung.

Es geht zu Ende! Die Pforte bittet um Frieden. Sie wendet sich an die Mächte und ersucht um deren Vermittlung. Sie findet in der Stunde der Verzweiflung sogar den Mut, der Bevölkerung der Hauptstadt mitzuteilen, daß die Kräfte des Reiches erschöpft sind. Sie kann nicht weiterkämpfen.

Der Zusammenbruch ist furchtbar. Ein fünfshundertjähriges Reich ist von der Karte Europas so gut wie ausgelöscht. Die türkische Herrschaft auch in Asien ist nicht aufrecht zu erhalten, wenn das Reich in Europa zerfällt. Nach der großen Teilung des europäischen Besitzstandes werden die Erbansprüche auf den asiatischen Besitzstand angemeldet werden. Afrika ist schon erledigt. Die Kriegsschiffe der Großmächte, die unterwegs sind nach dem Ozean, gehen nicht bloß nach der europäischen Türkei. Man erkennt bereits die Richtlinien der bald auf die Tagesordnung gelangenden Forderungen. Vom Schutz über Protektorat zur Annexion. Ein großes Zugreifen beginnt. Die Kleinen haben das Beispiel gegeben und waren die Schrittmacher, die Großen konnten sich noch anfangs unbetätigt erklären; unbetätigt aber wollen sie auf die Dauer nicht bleiben.

So ist denn von einem allgemeinen freudigen Aufatmen, daß der Balkanrieg sich dem Abschluß zuneigt, nicht das mindeste zu spüren. Man könnte vielleicht just das Gegenteil behaupten. Dem Kriege folgen diplomatische Verhandlungen. Eben diese werden gescheitert. Die Verhandlungen selbst tappen völlig im Dunkeln. Europa ist directionslos geworden, die Ereignisse gehen ihren Gang über Europas Kopf hinweg — wobei wir schmeichlerhafterweise voraussetzen, daß Europa noch einen Kopf hat.

Zu retten ist die Türkei nicht mehr, man kann nur noch hoffen, daß die bevorstehende letzte Szene nicht in Blut und Rauch getaucht sei.

### Das siegreiche Bulgarien.

Wien, 4. Nov. Der Kriegsberichterstatter der „Reichspost“ meldet aus Starasagora: Militärisch wird der Feldzug als entschieden betrachtet. Mit fester Entschlossenheit sehen die Bulgaren der diplomatischen Aktion entgegen. Man ist entschlossen, aus dem Ergebnis des Feldzuges alle Konsequenzen zu ziehen. Bulgarien will direkt mit der hohen Pforte verhandeln.

### Der bulgarische Zug nach Konstantinopel.

Wien, 4. Nov. Die „Reichspost“ bringt in ihrer gestrigen Abendausgabe folgenden Bericht ihres Kriegsberichterstatters im bulgarischen Hauptquartier:

Das glänzende Zusammenarbeiten der bulgarischen Führer im Verein mit dem Heroismus der Truppen bringt den Bulgaren täglich neue Erfolge. Der Versuch der Türken, nördlich von Saraj und bei Tchorlu Stellung zu nehmen zur Deckung des Rückzuges, ist vollkommen gescheitert, ebenso der gemeldete Angriff türkischer Truppen östlich von Wida, die von Wida und über Sultanbaget herangerückt waren. Die Versorgungsoperation wird bulgarischerseits mit größter Energie fortgesetzt, um als Endergebnis der Operation von Wile-Burgas bis Saraj die Abtrennung eines möglichst großen Teils der geschlagenen türkischen Armee auf der Rückzugslinie nach Tschatalbascha zu erreichen. Die gewaltigen Anstrengungen und großen Opfer, die die Soldaten von Kizilisse und Wile-Burgas erfordern haben, rufen naturgemäß ein vorübergehendes Ruhebedürfnis nach, das aber zu keinem längeren Operationsstillstand führen wird. Der Vormarsch gegen Tschatalbascha wird vermuthlich nach im Laufe dieser Woche aufgenommen werden. Gegenwärtig werden die Anstrengungen gemacht, um den Fall Adrianopels zu beschleunigen, damit namentlich die bulgarische Belagerungsartillerie für eine eventuelle Verwendung vor den Tschatalbaschpositionen frei werde. Die Widerstandsfähigkeit der Festung Adrianopel nimmt täglich merklich ab. Das heftige Feuer der bulgarischen Artillerie wird nur schwach und unregelmäßig erwidert. Die türkischen Werke auf der nordwestlichen Front haben stark gelitten und seit dem gemeldeten der letzten großen Ausfall gegen Marasch scheint auch die Aktivität der Belagerung bedeutend nachgelassen zu haben. Der Lebenshöhe erreicht in der zernierten Stadt löst bereits eine große Wirkung hervor. Der bevorstehende Fall Adrianopels wird hier als ein Ereignis von großer militärischer und politischer Bedeutung angesehen, und zwar sowohl als ein Beweis dafür, daß auch die Befestigungen der Tschatalbaschlinie Konstantinopel nicht retten können, wie durch die Ermöglichung der Konzentration der ganzen bulgarischen Armee für den Zug auf Konstantinopel. Die türkischen Soldaten scheinen bereits von der Unvermeidlichkeit der vollständigen Niederlage und deren Folgen überzeugt zu sein. Ein türkischer Soldat, der bei Marasch gefangen genommen wurde, hat den bulgarischen Offizieren, offenbar, sehr viel vor dem Sultan führen. „Auf die Frage, was von diesem vorkam, erwiderte der Türke, er möchte ihn bitten, daß die große Waise des Sultans Salim bei der Einnahme von Adrianopel nicht zerstört werde. Gelangene Anatolier geben die Schuld an der Niederlage den

Jungtürken, weil diese den rechtmäßigen Sultan abgesetzt und den Koran verlegt hätten.

### Erlebnisse englischer Kriegskorrespondenten.

London, 4. Nov. Von den englischen Kriegskorrespondenten ist es bis jetzt erst zweien gelungen, bis zur Front vorzudringen und Ausführlisches von dort via Constantia nach hier zu telegraphieren. Der eine ist C. H. M. Bartlett vom „Daily Telegraph“, der andere W. H. Donohoe vom „Daily Chronicle“. Die Depesche Bartletts ist nur zum kleinsten Teile eingetroffen; sie bezieht sich auf die Kämpfe von Wile-Burgas und erregt besonderes Interesse, weil Bartlett der einzige Korrespondent war, der insolge eines glücklichen Zufalls mit dem türkischen Oberkommandierenden Abdullah Pascha persönlich in Verbindung kam.

### Ein „Aberfall“ auf Abdullah Pascha.

Bartlett hatte sich, als die übrigen Korrespondenten Konstantinopel verließen, ihnen nicht anschließen können, da er krank war, und reiste erst am 27. Oktober in Begleitung eines türkischen Freiwilligen Ismet, einem engherzten Verwandten Abdullah Paschas, und eines Engländer namens Sir B. Schöten ab. Auf dem Wege nach Tchorlu brach der Motor zusammen, und die Herren mußten in der Nacht in einem wüsten Jagdschlurm im Freien kampieren. Ganz ausgehungert und vollkommen erschöpft kamen sie abends in Tchorlu an. Sie konnten ihre Kollegen nicht finden, auch keine Unterkunft für die Nacht erhalten. Voll Verzweiflung wagten sie es, in das Zelt des Oberkommandierenden Abdullah Pascha einzudringen und ihn zu wecken. Abdullah Pascha, im Nachtwand und mit einem Militärmantel bekleidet, empfing den Korrespondenten sehr freundlich und unterließ sich fast zwei Stunden mit ihm. Dann winkte er zwei Stabsoffiziere. Auf die Einwendungen des Korrespondenten erwiderte er: Machen Sie sich keine Sorge, wir haben lange genug geschlafen. Sie kann hier viel für Sie tun und verläßt Ihnen nichts, wenn Sie etwas wünschen. Bartlett und Ismet nahmen dann auf den Bagern Platz und schliefen. Am Montag morgen wurde ihnen gestattet, nach Wile-Burgas per Bahn zu fahren. Der Korrespondent berichtet, es sei

### einer der furchtlichsten Tage gewesen,

die er dort mitgemacht habe. Kurz vor der Abfahrt sah er, wie der Generalstabeschef Via Pascha einen gewöhnlichen Soldaten in schmutziger Uniform aus das herbstliche begrüßte. Ismet erklärte dem Korrespondenten, daß der Gemeine der ehemalige Minister des Innern Talaat Bei sei, der als Freiwilliger diene. In Wile-Burgas konnte der Korrespondent seine Kollegen nicht finden. Man gestattete ihm jedoch, bis zur Front vorzudringen. Die Schlacht war schon zum Teil im Gange. Nach kurzer Zeit schlugen feindliche Granaten um ihn ein, die Salven wurden immer heftiger.

### Die große Schlacht hatte begonnen.

Es war gerade 11 Uhr. Die beiden Luftströme aus dem Feuer herauszukommen, wurden aber, als plötzlich die Infanterie einen Angriff unternahm, mit in den Kampf gerissen und befanden sich im Rücken des 17. und des 1. Armeekorps. Das Glend der Verduneten löst jammerlos gemein sein, da das türkische Wertzeugen unter jeder Kritik sein soll.

### Ein Kavallerieangriff.

Mr. Donohoe, der „Chronicle“ Korrespondent, schreibt, daß 40 000 der besten türkischen Soldaten gefallen seien. Drei Viertel der Artillerie sei vom Feinde genommen worden. Der Rückzug begann am Donnerstag. Donohoe reiste unentdeckt, nur kurze Zeit schlafend, 48 Stunden ohne jede Nahrung, bis er am Sonntag nachmittags in Constantia eintraf, wo er telegraphierte. Er berichtet über einen brillanten Kavallerieangriff der Truppen.

Als die Bulgaren sich der Eisenbahnstation von Wile-Burgas näherten, wurden sie von den türkischen Truppen, die hinter dem Bahnhof auf dem benachbarten Hügel standen, in ein heftiges Feuer genommen. Die türkischen Schrapnellrisen große Läden in ihre Reihen. Als die durch dieses unermüdete Feuer verursachte Verwirrung ihren Höhepunkt erreicht hatte, brach die Kavallerie unter Salih Pascha mit gezogenem Säbel aus ihrem Versteck hervor, und mit dem Kriegsschrei „Allah, Allah!“ brauste sie wie der Sturmwind auf die Infanterie los. Nichts konnte diesem Angriff widerstehen; die Bulgaren wandten sich zum Rückzug. Die Türken schlugen sie einfach in Massen nieder; jauchzend über ihren Erfolg wollten sie weiter vordringen, wurden jedoch plötzlich einem heftigen Feuer der bulgarischen Maschinengewehre ausgesetzt, die Mann und Pferde, eine blutende, verstimelte Masse, niedermarf. Nur wenig Tapferer kamen zurück. Wie kein Soldat vom „Daily Chronicle“, wurde auch Donohoe von dem wilden Blut mit fortgerissen; er verlor sein Pferd und den Frontant, den er zur Front mitgenommen hatte. Seine Lage wurde immer gefährlicher, und schließlich blieb sein Automobil in dem durchwühlten Boden stecken.

Schlächtere hatten ihn schließlich um Brot, das er aber selbst nicht hatte. Soldaten mit furchtbar klaffenden Wunden und schwerverletzten Gesichtern, die ihn für einen Arzt hielten, hatten ihn mit Kränen in den Augen, zu helfen.

Mit Hilfe seines Verbandstafens tat er, was er konnte. Die Ambulanzwagen waren zum Teil umgefallen, zum Teil waren die Pferde erschossen. Gegen Mittag kamen die Bulgaren so nahe, daß in seiner nächsten Nähe Fluchtlinge von Granaten getroffen wurden. Auf meine dringenden Bitten, fährt Donohoe fort, verließ ich ein ganzes Dutzend Soldaten mit den Schultern das Auto hochzuheben; sie waren aber so schwach, daß sie neben meinem Motor in den Schmutz niederfielen, — einfach hinfielen.

### Meine Gefangenennahme schien unermüdlich,

und in meiner Verzweiflung beschloß ich, das Auto lieber zu verbrennen, als es den Bulgaren zu überlassen. Ich stellte meine Benzinkanister unter das Chassis, als mein Chauffeur, ein junger Franzose, dessen Kernen vollständig überreicht waren, hinzukam. Er zog seinen Revolver und drohte, sich zu erschließen, wenn ich das Automobil verbrennen würde. Leben Augenblick erwartete ich, daß ich durch eine Granate getötet werden würde. Als die Lage am schwierigsten geworden war, erblühte ich plötzlich drei Paar Schalen vor einem Wagen. Die Tiere wurden schnell vor mein Auto gepannt, das sich endlich löste, worauf wir, so schnell wir konnten, weiter fuhren.

## Deutsches Reich.

### Martheje di San Giuliano in Berlin.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Der königlich italienische Minister des Aeußeren Martheje di San Giuliano ist in Berlin eingetroffen zur Erwidmung des Besuches, den der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Riberlen-Waechter im Januar d. J. in Rom abgestattet. Wir heißen den ausgezeichneten Staatsmann, von dem die auswärtige Politik des verbündeten Kaiserreichs Italien mit Ansehen und Erfolg geleitet wird, herzlich willkommen. Sein Besuch fällt in eine Zeit, wo die europäische Diplomatie mit der Aufgabe einer friedlichen Liquidierung des Balkankrieges beschäftigt ist. An Stoff zu positiver Ausprache wird kein Mangel sein. Wir sind überzeugt, daß die Unterredungen, zu denen Martheje di San Giuliano in Berlin Gelegenheit haben wird, ebenso wie seine jüngsten Besprechungen mit dem Grafen Berchtold auf italienischem Boden, die Uebereinstimmung der Dreimächte verstärken und für den europäischen Frieden förderlich sein werden.“

### Gleichzeitig wird uns aus Berlin gemeldet:

„Zu Ehren des italienischen Ministers des Aeußeren Martheje di San Giuliano fand Montag abend bei dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes von Riberlen-Waechter ein Diner statt, zu dem außer den Begleitern des Ministers, dem Gehandlen de Martino und dem Sekretär im italienischen Ministerium des Aeußeren Biancheri, Einladungen erhalten hatten: der italienische Vostschafter Senator Rana nebst dem Vostschafter Martin Franklin und dem Militärattaché Oberst Calabrati di Palazzolo, der österreichisch-ungarische Vostschafter Graf von Szapary, Marich und der rumänische Gesandte Belidman; ferner der bayerische Gesandte Graf von Lerchenfeld, Krieger, der württembergische Gesandte Freiherr von Varnbiller, der sächsische Gesandte Freiherr von Salza, der badische Gesandte Graf Berckheim, das Mitglied der ägyptischen Staatsverwaltung Wirklicher Geheimrath Legationsrat von Stöckl, der Schloßhauptmann Graf von Hutten-Cappst, der Kaiserliche Generalconsul in Kaschau Freiherr von Humboldt, Unterstaatssekretär Zimmermann, Direktor Kriege und andere Herren des Auswärtigen Amtes.“

### Der preussische Etat.

Wie eine parlamentarische Korrespondenz wissen will, kann der preussische Etat dem Landtage erst Anfangs Januar vorgelegt werden, da die Vorverhandlungen mit den Ressorts sich verzögert haben und die Beratung des Etats im Staatsministerium erst Ende November erfolgen könne. (Freier hieß es, der Etat solle bereits vor Weihnachten vorgelegt werden, um einen möglichst frühzeitigen Schluß des Landtages herbeizuführen.)

### Parteinachrichten.

Da bei der Reichstagswahl das Zusammengehen mit den Nationalliberalen im allgemeinen sich bewährt hat, soll das gemeinsame Marthieren auch bei den Landtagswahlen Anwendung finden. Der nächste Parteitag soll in Eisenach stattfinden.

Für die Landtagswahl in Telsow-Land, die durch den Tod des konstituierenden Abg. Jellisch erforderlich geworden ist, hat Dr. Friedrich Aumann, wie wir aus dem Wahlkreis hören, die ihm von der Parteiliste dringend empfohlene Kandidatur leider abgelehnt.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Lorenzen in Wüddorf, der vier Legislaturperioden hindurch von 1884 bis 1898 den Wahlkreis Schleswig-Eckernförde, zunächst als Mitglied der Deutschfreiwillichen Partei, seit 1893 als Anhänger der Freiwillichen Vereinigung im Reichstag vertreten hat, ist, wie uns aus Kiel gedruckt wird, im Alter von 84 Jahren in der Nacht zum Montag gestorben. — Lorenzen hat als Bauernführer in Schleswig-Holstein großes







Es ist Tatsache, daß der diesjährige Wagenmangel im Westen auf Betriebsstörungen zurückzuführen ist, die sich aus der ungenügenden guten Konjunktur der Industrie ergeben haben. Die Verwaltung hat aber in den letzten Jahren wirtschaftlich längere Zeit zum andern fast um 100 Proz. steigen, so fast von einem ganzen Apparat in einer Weise in Tätigkeit, die sich das Haus nicht vorstellen kann. Ich kann auch den Vorwurf nicht vermeiden, daß wir etwa bei der Anlage von Neuzugmaschinen faul haben. Jeder, der von dem dort zu berücksichtigenden Verhältnis etwas versteht, war der Meinung, daß die Anlage genügen würde. Der vorige Verkehr hat zu außerordentlichen Dimensionen angenommen, weil sich in der nächsten Nähe eine riesige Industrie angegliedert hat. Das konnte man aber zur Zeit der Anlage des Neuzugmaschinen nicht wissen. Man darf, wenn die Sache einmal nicht ganz klappert, nicht behaupten, daß die ganze Verwaltung mit der Beschaffung nicht mitkommen. Die Anlage genügt dem Neuzugmaschinen für den Betrieb mit den Inter-  
... Minister von Rathsch gab, und es ist immer darauf gesehen worden, daß diejenigen, die für die Umstellung des Verkehrs zu sorgen haben, auch seine Bedürfnisse kennen müssen. Es ist mit oder ohne nicht unerwünscht, daß diese Anstrengungen an mich herangetragen sind; sie werden jedenfalls zu einer Verbesserung führen müssen, ob in dieser Richtung Ergänzungen nötig sind. (Bravo) Wir haben unseren Wagen- und Automobilpark entsprechend vergrößert und unsere Lokomotiven sind ebenfalls Leistungsfähiger geworden, doch ist unser Güter- und Schenckliche nur selten mit zwei Maschinen fahren müssen. In der Frage der Personalvermehrung siehe ich durchaus auf dem Standpunkt, daß das Personal den Anforderungen des Verkehrs entsprechend vermehrt werden muß. Das haben wir auch getan. Ich habe unter Personal nur die größeren Leistungen geleistet, aber ich werde mit aller Kraft darauf hingewirkt, daß das Personal nicht über das zulässige Maß hinaus angestrengt wird, wenn auch ausgehen ist, daß Überarbeiten in solchen Fällen nicht zu vermeiden werden können. (Sehr laut)

H. D. Gog. und S. D. W. Daraus ersehen wir ja auch, Insofern, denn die meisten Personal aus anderen Bezirken herangezogen und dadurch kommen uns ja die Betriebsstörungen zu überwinden. Ich würde auf Ihre Bemerkung nicht antworten. Diese Spezialfrage gehört zum Etat. (Sehr richtig! recht.) Dem Abg. Dr. Radtke muß ich sagen, daß Privatbahnen uns durchaus nicht das Recht für die Umstellung an die Gesellschaften sein dürfen. Was den mit vorliegenden Statistiken über die Wagenleistung in den verschiedenen Staaten, England und Frankreich ergibt sich, daß die Wagenleistung gerade dort außerordentlich gleichmäßig und ohne größere Schwankungen gewesen ist! Ich bedauere, daß diese Frage Anlaß gegeben hat, das Schlepplimonopol, dessen überzeugter Anhänger ich übrigens bin, hier heranzuziehen. Wenn aber zwei Redner die Frage aufgeworfen haben, ob man nicht, wie es schon die preußischen Staatsbahnen im Einzelfall, im Kriegsfall, nicht das volle Maß der Leistungsfähigkeit erreichen könnten, das von ihnen gefordert wird, so kann ich Sie versichern, über diese Leistungsfrage besteht nicht der geringste Zweifel! (Leb. Beifall.)

Abg. Goebel (Centr.). Die Verwaltung der Verhältnisse in Oberlohn. Die Verwaltung sollte bei der Verteilung des Güternachschubs die einzelnen Bezirke gleichmäßig als bisher bedenken. Die Nachteile für die Arbeiter sind sehr erheblich.  
Abg. Mack (Natl.). Der Wagenbestand an sich genügt nicht. Die Hoffschiffe sind nicht unerwünscht und kommen uns nicht unerwartet. Das sieht sich seit 10, 20 Jahren hin. Die ganze Regierung ist faul, aber vor allem das Finanzministerium. Vom Regierungssitzung sei einmal das Wort: die Eisenbahnen sind im wesentlichen ausgebaut! Als ich das hörte, bekam ich einen Schred, denn eine solche Ansicht zeugt von einer völligen

Verzerrung unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Wir hoffen, daß das Programm in den nächsten Jahren erweitert wird. Man soll sich nicht scheuen, einmal ein paar Eisenbahnen zu bauen und diese zu betreiben. Hoffentlich wird man auf dem internationalen Kongress 1913 oder 1914 zu einem Ergebnis kommen. Wir legen der Frage eine ganz außerordentliche Bedeutung bei. In Österreich-Ungarn werden bereits Wagen für den Verkehr bestellt. Die Selbstentlastung sind aber nicht wirtschaftlich.  
Ein Schlußantrag wird angenommen.

Minister v. Breitenbach  
entwidert auf eine Anfrage Mackos, daß die Einführung der autonomen Verkehrszone etwa 80 Millionen kosten würde. Die Schwierigkeiten der Frage liegen im internationalen Verkehr. Die Sache wird aber von uns betriebl. Hoffentlich wird man auf dem internationalen Kongress 1913 oder 1914 zu einem Ergebnis kommen. Wir legen der Frage eine ganz außerordentliche Bedeutung bei. In Österreich-Ungarn werden bereits Wagen für den Verkehr bestellt. Die Selbstentlastung sind aber nicht wirtschaftlich.  
Ein Schlußantrag wird angenommen.  
Abg. Dr. Deumer (Natl.). Die Kolonialität der Dussburg ist die größte Überlastung. Die Kolonialität der Gegenwart sind die Folgen der Sünden der Vergangenheit. Ich lege eine Denkschrift der Handelskammer Dussburg vor zum Beweise, daß man in Dussburg anfangen muß, wenn es besser werden soll. (Geheißert.)  
Ein Antrag Deumers (Centr.), der das Allgemeine Vergleichen betrifft, ist, wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.  
Das Haus verliert sich.  
Dienstag 11 Uhr: Interpellation Dr. Deumer (Natl.) über die Ausführlingsbestimmungen zum „Angestellten-Vergleichsgesetz“. Anträge.  
Schluß 5 1/2 Uhr.

# Halle und Umgebung.

Halle a. S., 4. November.  
Stadtverordneten-Sitzung.

Es sind zwei Petitionen über den Rinderpferdplatz am Marktwinger und die Straßenreinigung am Rammischplatz eingekommen. Sie werden dem Bauausschuß überwiesen.

Punkt 1. Annahme eines Vermächtnisses. Referent Herr St. Hörsing: Fräulein Mathilde Berger in Göttingen hat der Stadtgemeinde eine Schenkung von 3000 Mk. für Armenzwecke gemacht. Der Magistrat hat die Annahme der Schenkung und Verwendung im Interesse vorzubehaltender Armen- und Waisenpflege beschlossen. Die Stadtverordnetenversammlung gibt ihre Zustimmung.

Punkt 2. Wahl von Mitgliedern der Einkommensteuer-Berechnungskommission. Referent Herr St. Hörsing: Der Magistrat legt eine Liste derjenigen Personen, welche die Wahl als Mitglied bezw. stellvertretendes Mitglied der Berechnungskommission abgelehnt haben bzw. verzogen sind und der dafür neu vorgeschlagenen Personen mit dem Antrag vor, über die Berechtigung der Ablehnungsgründe zu befinden und baldige Neuwahlen vornehmen zu wollen. Zur Abklärung der Wahl berechtigten folgende Entscheidungsglieder: a) anhaltende Krankheit, b) Gehaltsstelle eine häufige oder lange abwesende Wohnenheit vom Wohnort mit sich bringend, c) der Alter von 60 Jahren, d) die Berufung eines unmittelbaren Staatsamts, e) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeindevertretung eine gültige Entschuldigung begründen. Wer das Amt als Mitglied während der Dauer von drei Jahren versehen hat, kann eine erneute Übernahme für die nächsten drei Jahre ablehnen.

Die Liste findet ihre Genehmigung.  
Punkt 3. Projektbearbeitung für eine Straße Steinmühlensbrücke-Weinberg. Referent Herr St. Hörsing: Der von der Stadtverordnetenversammlung unter dem 6. März 1911 genehmigte Plan betr. Führung einer Straße von der Steinmühlensbrücke über die Ziegelwiese und Feigen nach den Weinbergen hat in wallerständiger Beziehung die Genehmigung des Bezirksausfusses gefunden. Auch bezüglich des Fluchtlinienplanes sind die Schwierigkeiten behoben. Durch den Anlauf des größten Teiles der Ziegelwiese schließlich steht das zur Verbreiterung der Straße sowie zur Aenderung der Kampe erforderliche Land zur Verfügung. Es dürfte sich nunmehr empfehlen, die Bearbeitung des definitiven Projektes, insbesondere auch desjenigen für die nötigen Widerrubauarbeiten vorzunehmen. Die Kosten der Projektbearbeitung einj. der nötigen Bohrungen zur Bestimmung der Widerrubauamentierungen sind auf rund 4000 Mark veranschlagt worden. In Uebereinstimmung mit der Stadtverordnetenversammlung erucht der Magistrat die Stadtverordnetenversammlung, den genannten Betrag aus der Anleihe von 1910 zu bewilligen.  
Der Antrag wird angenommen.

Punkt 4. Aenderwerb Verleiburgerstraße 100. Referent Herr St. Emmer: In dem Verfahren, betr. die Entziehung des von dem Grundstücke Verleiburgerstraße 100 fluchtlinienmäßig zur Straße entfallenden Landes ist in dem kommissarischen Vergleichstermine vom 28. September 1912 mit dem Exproprianten Herrn Meditz vorbehaltlich der Zustimmung der hiesigen Körperschaften der Preis des fluchtigen Landes auf 20 Mark pro Quadratmeter vereinbart worden. Der Magistrat hält an sich den Preis von 11 Mark pro Quadratmeter als Entschädigung für das abzutretende Land für angemessen, beschließt jedoch mit Rücksicht darauf, daß mit dem Einheitspreise von 20 Mark pro Quadratmeter sowohl die Kosten für Zurückführung der Einfriedigungsmauer, Beseitigung der Bäume und Lichtschärfe, als auch diejenigen der Zurückverlegung eines größeren zumutigen. Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die erforderlichen Mittel (184 Quadratmeter à 20 Mk. gleich 3680 Mk. nebst Nebenkosten) aus Kap. XIII B. 14 des Hausplans.

Punkt 5. Erneuerung von Teilen der Ringleitung des Elektrizitätswerkes. Referent Herr St. Voigt an Stelle des abwesenden Herrn Zell. Am 25. September d. J. erfolgte ein Antrag über die Ringleitung der Dampfmaschine des Elektrizitätswerkes, welche im Laufe des Jahres eine vollständige Stilllegung des Werkes mit Ausnahme der Stromlieferung an die Straßenbahn, welche durch die Bahnbatterie ermöglicht werden konnte, welche durch die Eintreten mußte. Nach dieser Zeit konnte der Betrieb nur durch den Betrieb des Werkes wieder aufgenommen werden, weil durch den Betriebsausfall von den 12 in Betrieb befindlichen 8 Kesseln keine neuen herangezogen werden konnten. Es konnte der Betrieb somit nur mit drei Maschinen aufrecht erhalten werden. Dadurch würde es erforderlich, einen großen

Teil der Kraftstationen im Dreifachstrom nach ohne Strom zu lassen und die größeren Lichtabnehmer im Gleichstrom nach mit halber Strommenge zu versorgen. Wie die Unterlegung des Bruches in der Ringleitung ergeben hat, so fand er im alten Teil der Ringleitung, die im Jahre 1900 gebaut und in Betrieb genommen wurde, an einem ungeheueren T-Stück statt. Da der zweite Teil der Ringleitung, welcher seit dem Jahre 1903 im Betriebe ist und der dritte Teil, welcher im Jahre 1909 ausgeführt wurde, mit wesentlichen Verbesserungen und Verstärkungen mit Rücksicht auf die gemachten Erfahrungen und die Fortschritte der Technik versehen werden wird, so ist es dringend erforderlich, mit Rücksicht auf das Vorkommnis auch den 1. Teil der Ringleitung möglichst sofort einem vollständigen Umbau zu unterwerfen, damit bezügliche empfindliche Betriebsstörungen, welche selbst die bereitgestellten Reserve der Verwendung unmöglich machen, in Zukunft so gut wie ausgeschlossen sind. Mit der Ausführung der Arbeiten soll die Firma H. L. G. Dehne betraut werden, welche die gesamte Ringleitung ausführt hat und hier am Platze ist, so daß bei etwaigen Verzögerungen raschstens Abhilfe geschaffen werden kann. In Anbetracht der gegebenen Eile ist die Vergebung bereits erfolgt. Auf Grund der Feststellungen an der Hand der Abschreibungen über die ausgeführten Teile der Ringleitung kommen für den Umbau ca. 25 000 Mark Kosten in Frage, welche dem Erneuerungsfonds des Elektrizitätswerkes entnommen werden sollen.

Herr Stadtrat Grote präzisiert die Auslegungen des Herrn Referenten.  
Herr St. A. n. a. b. stellt den Antrag, einen Betrag, der zur Hebung des Defizits notwendig ist, aus dem Betriebe und zur Erneuerung aus dem Erneuerungsfonds zu nehmen. Der Antrag wird abgelehnt, während der Magistratsantrag Zustimmung findet.

Punkt 6. Gehaltserhöhung für einen Beamten. Ref. Herr St. Giese. Der Magistrat beschließt, Herrn Dr.-Ing. Rietmann vom 1. April 1913 ab in die Gehaltsklasse 4000 Mark und zweimal 400 Mark und viermal 300 Mark bis 6000 Mark einzureihen und ihm die Amtsbezeichnung „Stadtbaumeister“ beizulegen. Begründet ist der Antrag durch größere Ausgaben.

Man gibt dem Antrag statt.  
Punkt 7. Beitrag für ein Gemeindefamtenheim. Ref. Herr St. D. h. l. er wendet sich gegen den Magistrat, der beschlossen hat, 7500 Mk. als Beitrag zu den Unterhaltungskosten des Gemeindefamtenheims „Lüdingwiese“ in Bad Sachsa in den Haushaltsplan für 1913 einzustellen. Das Heim könne sich nicht rentieren. Vom Staatsauschuß war der Antrag abgelehnt.

Herr St. H. i. l. e. m. n. spricht für den Antrag.  
Dagegen wendet sich Herr Sanitätsrat Herzog, der wegen der geringen Höhe des Beitrages lieber gesehen hätte, wenn die Beamten selbst die geforderte Summe aufgebracht hätten. Es seien ja doch nur von den einzelnen jährlich 50-55 Bfg. zu zahlen.  
Für die Unterstutzung spricht Herr St. Voigt, ebenso Herr St. Meyer l.

Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. fordert nach dem Grundhals „kleine Geschenke erhalten die Freundschaft“ zum Zustimmung auf.  
Der Magistratsantrag wird abgelehnt.

Zu der Frage der Hundeschäferlei nimmt Herr Oberbürgermeister Dr. R. i. v. e. das Wort:  
Ein hiesiger Handelsmann, Artur Zimmermann, hat eine Hundeschäferlei eingestellt. Die Hunde werden auf Dörfern aufgeführt und im Schlachthaus unterlegt und geschlachtet. Redner bedauert, daß der Verkauf auf Kosten des Renommens der Stadt gehe und schließt Erläuterungen

über den hiesigen Fleischverkauf  
an. Der Verkauf hat keinen Anlaß zu Klagen gegeben. Es sind Verhandlungen mit den Fleischhändlern angestreift worden, die das von der Stadt erworbene Fleisch anlaufen. Das hat nachgelassen. Manche Fleischhändler haben das hiesige Fleisch als minderwertig hingestellt, die Käufer billigen Fleischs hingestellt, so daß sich der Verkauf nicht rentierte. Dabei haben manche Fleischhändler hiesiges Fleisch als inländisches verkauft. Deshalb hat die Stadt den Verkauf wieder in ihre Hände genommen und hat nach noch 5 Bllige r e m. Fleisch - dem ruffischen - umgeben. Man hat sich an Ausland gewandt und ist das mittelmäßig ruffische Fleisch für ungefähr 75 Bfg. das Pfund erkaufen können. Dazu sind aber die Einfuhrzölle zu überwinden. Die sind überwinden durch Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsminister. In der nächst Woche wird man bereits russisches Fleisch verkaufen können und zwar werden zwei Waggons eingeführt werden.  
Redner spricht über die Ministerialkommission, die sich vor der Wahlen mit der Fleischfrage beschäftigt. Die Städte haben Auskunft gegeben über das, was sie getan haben. Die Stadt Halle habe von den Städten beinahe das meiste getan in dieser Beziehung.

Darauf wurde die Viehproduktion einer eingehenden Erörterung unterzogen. Man geht sich in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Auslande, vernichte den kleinen und mittleren Grundbesitz und schaffe im Kriegsjahre Schwierigkeiten, die einer Niederlage gleichkommen würden. Die Landwirtschaft müßte produktionsfähig erhalten werden. Staat und Stadt hätten sich die Hände zu reichen. Eine Parzellierung sei nötig mit intensiver Viehwirtschaft. Der Anbau von Körnerpflanzen müßte durch den Futtermittelanbau zurückgedrängt werden. Einschränkung der Getreideausfuhr und Beseitigung der Einfuhrzölle würden die Folge sein müssen. Die Stadt und die Landwirtschaft müssen zusammengehen. (Leb. Beifall.)

Ein Antrag des Herrn Osterburg, eine Distillation über die Worte des Herrn Oberbürgermeisters herbeizuführen, wird abgelehnt.  
Punkt 8. Unterstutzung der Rechtschulstufstelle für Frauen. Referent Herr St. Voigt. Der Magistrat hat beschlossen, der Rechtschulstufstelle für Frauen für die von ihr einzureichenden und zu bewertenden Adoptions-Zentrale für das laufende Rechnungsjahr, namentlich zu Zwecken der ersten Einrichtung 200 Mark und für das Rechnungsjahr 1913 zur Deckung laufender Verwaltungskosten 300 Mark aus Räumermitteln zu zahlen. Der Betrag für 1912 soll dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds der hiesigen Körperschaft entnommen und derjenige für 1913 in dem Hauptentwurf unter Kap. XVII eingestellt werden.

Der Magistrat ist von dritter Seite veranlaßt worden, der Frage der Errichtung einer Vermittlungsstelle für Adoptionen nach dem Beispiele der deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in Berlin näherzutreten. Die Notwendigkeit dazu ist nicht zu verkennen. Gegenwärtig vollziehen sich die Verhandlungen zwischen den jumeist durch die Tageszeitungen zusammengeführten Beteiligten ohne behördliche Kontrolle oder Mitwirkung. Nur selten führen sie daher zu einem dem Wohle des Kindes dauernd dienenden Ergebnis. Die Vermittler handeln fast immer aus Eigennutz und stellen das Interesse der Kinder dem ihrer Auftraggeber jurid. Eine unparteiliche, volles Vertrauen genießende und von lokalen Gesichtspunkten freie Vermittlungsstelle wird demgegenüber ungleich günstiger wirken können.  
Der ursprünglichen Plan der Angliederung der Stelle an eines der hiesigen Bureaus, etwa das des Berufsverbandes oder des Gemeinde-Waisenrats, hat der Magistrat aus den Seite 16 bis 19 der Allen ersichtlichen Gründen fallen lassen. Die Verbindung mit der Rechtschulstufstelle für Frauen hält er einseitig für zweckmäßiger. Er erhofft auch von ihr eine erfolgreiche Förderung der Aufgabe. Andererseits ist nicht zu befürchten, daß der den hiesigen Interessen entsprechende Einfluß auf die Geschäftsführung der Stelle nicht sollte dauernd ausgeübt werden können. Herr Meyer I und Herr B. a. h. e. sprechen sich gegen diese Stelle aus, Herr Dr. E. r. a. u. redet ihr das Wort.

Der Antrag wird angenommen.  
Punkt 9. Vertition betr. Vergebung elektrotechnischer Arbeiten und Lieferungen. Referent Herr St. Zell. Die Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken erucht, bei Vergebung von elektrotechnischen Arbeiten und Lieferungen auch die elektrotechnischen Spezialfabriken zu berücksichtigen. Herr St. Zell ist gegen dieses Gesuch. Das müsse den einzelnen Kuratoren überlassen bleiben. Dem wird folgt gegeben.

Punkt 10. Entlastung der Rechnung der Sparkasse 1910. Ref. Herr St. H. i. l. e. m. n. Der Magistrat erucht um Prüfung und Entlastung der Rechnung der Sparkasse für 1910.

Punkt 11. Entlastung des Elektrizitätswerkes für 1910. Referent Herr St. Voigt. Der Magistrat erucht um Prüfung und Entlastung der Rechnung des Elektrizitätswerkes für 1910.

Punkt 12. Entlastung der Riebeckstiftung für 1911. Ref. Herr St. E. r. u. m. p. Die Verammlung wird um Prüfung und Entlastung der Rechnung der Paul Riebeck-Stiftung für 1911 erucht.

Punkt 13. Entlastung verschiedener Stiftungen. Ref. Herr St. Keiling. Die Verammlung wird um Prüfung und Entlastung der Rechnung verschiedener Stiftungen für Armen-, Schul- und gemeinnützige Zwecke für 1911 erucht.

Punkt 14. Entlastung der Stiftung Weidherters pp. Ref. Herr St. Voigt. Der Magistrat legt die Rechnungen der Stiftung Weidherters, der Christlichen Stiftung, der Wilsdorfer Mädelstiftungen, der Riebeck-Stiftung zur Prüfung und Entlastung vor und beantragt nachstehende, daß ihnen entsprechende Ueberschreibungen nachzubewilligen: In der Stiftung Weidherters 728 Mk., bei der Riebeck-Stiftung Mädelstiftungen Hausstiftung 23,61 Mk., bei der Riebeck-Stiftung 47,67 Mk.

Die Nachbewilligungen werden genehmigt.  
Punkt 15. Entlastung der Feuerwache Süd. Ref. Herr St. G. r. a. d. e. h. n. d. Der Magistrat legt die Rechnung für den Neubau der Feuerwache im Süden der Stadt zur Prüfung und Entlastung vor.

Punkt 16. Entlastung des Rathamtes für 1911. Ref. Herr St. S. e. l. m. e. d. e. Der Magistrat legt die Rechnung







